



Detailansicht des Registereintrags

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement

Aktuell seit 17.06.2025 17:51:37

nicht eingetragener Verein

Registernummer:	R001351
Ersteintrag:	24.02.2022
Letzte Änderung:	17.06.2025
Letzte Jahresaktualisierung:	17.06.2025
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation
Kontaktdaten:	Adresse: Michaelkirchstraße 17-18 10179 Berlin Deutschland
	Telefonnummer: +493062980110 E-Mail-Adressen: info@b-b-e.de Webseiten: www.b-b-e.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Mitgliedsbeiträge

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

1 bis 10.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

0,00

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. Rainer Hub

Funktion: Vorsitzender des Sprecher*innenrats

2. Olaf Ebert

Funktion: Mitglied des Sprecher*innenrats

3. Katja Hintze

Funktion: Mitglied des Sprecher*innenrats

4. Friedemann Walther

Funktion: Mitglied des Sprecher*innenrats

5. Günter Burkhardt

Funktion: Mitglied des Sprecher*innenrats

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (6):

1. Dr. Lilian Schwalb

2. Rainer Hub

3. Olaf Ebert

4. Katja Hintze

5. Friedemann Walther

6. Günter Burkhardt

Gesamtzahl der Mitglieder:

291 Mitglieder am 15.01.2025, davon:

27 natürliche Personen

264 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (4):

1. Deutscher Verein e.V.
2. Deutschland sicher im Netz e. V.
3. Centre for European Volunteering
4. Die Verbraucher Initiative e.V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (2):

Engagement- und Demokratiepolitik; Förderung von bürgerschaftlichen Engagement

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) ist ein Zusammenschluss von derzeit fast 300 Organisationen und Institutionen aus Bürger*innengesellschaft, Staat, Wissenschaft und Wirtschaft. Ziel des Netzwerks ist die nachhaltige Förderung von Bürger*innengesellschaft und bürgerschaftlichem Engagement in allen Gesellschafts- und Politikbereichen, insbesondere der Engagement- und Demokratieförderung. Das BBE versteht sich als Wissens- und Kompetenzplattform sowie politische*r Impulsgeber*in für vielfältige Belange der Zivilgesellschaft.

Die BBE Geschäftsstelle gGmbH ist die Trägerin der Projekte und der Geschäftsstelle des Netzwerks.

Konkrete Regelungsvorhaben (7)

1. Engagementstrategie des Bundes

Beschreibung:

Mit der Engagementstrategie soll das freiwillige Engagement erleichtert, die Rahmenbedingungen für bürgerschaftlich Engagierte verbessert und damit die Widerstandskraft der Zivilgesellschaft gestärkt werden. Die Strategie konzentriert sich dabei auf Themen, für die der Bund zuständig ist.

Interessenbereiche:

Engagement- und Demokratiepolitik; Förderung von bürgerschaftlichen Engagement

2. Gesetz zur Stärkung von Maßnahmen zur Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung, Extremismusprävention und politischen Bildung (Demokratiefördergesetz)

Beschreibung:

Mit dem Gesetz zur Stärkung von Maßnahmen zur Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung, Extremismusprävention und politischen Bildung (Demokratiefördergesetz) war vorgesehen, zur verbindlichen und langfristig angelegten Stärkung der Zivilgesellschaft nach breiter Beteiligung bis 2023 ein Demokratiefördergesetz einzubringen.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/5823 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung von Maßnahmen zur Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung, Extremismusprävention und politischen Bildung (Demokratiefördergesetz - DFördG)

1. Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]

2. Zuständiges Ministerium: BMFSFJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Engagement- und Demokratiepolitik; Förderung von bürgerschaftlichen Engagement

3. Engagementförderung als Querschnittsaufgabe

Beschreibung:

Die neue Bundesregierung sollte die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements, des Ehrenamtes und der organisierten Zivilgesellschaft priorität auf die politische Agenda setzen und diese zum Leitprinzip in allen Politikfeldern machen. Zu diesem Zweck ist Engagementförderung als Querschnittsaufgabe zu verankern und in den verschiedenen Ressorts mitzudenken – vom Inneren über die Bildung bis hin zur Entwicklungszusammenarbeit, bei der Europapolitik, in der Jugend-, Kultur- und in der Migrationspolitik. Empfohlen wird auch, das wichtige Programm „Demokratie leben!“ im BMFSFJ beizubehalten. (Teil der Haushaltsplanung, keine Einzel-Drucksache)

Interessenbereiche:

Engagement- und Demokratiepolitik; Förderung von bürgerschaftlichen Engagement

4. Staatsziel Engagement in Verfassung aufnehmen

Beschreibung:

Wichtige Ansatzpunkte zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements, des Ehrenamtes und der organisierten Zivilgesellschaft bieten die differenzierten Beiträge des BBE zur Engagementstrategie der Bundesregierung, die seit Dezember 2024 vorliegt. Der Monitoringprozess, die Umsetzung und die Weiterentwicklung der Strategie soll gemeinsam mit den auch am Entwicklungsprozess beteiligten Kräften - auch in Zusammenarbeit mit dem BBE - gerahmt werden. Hierfür ist die Koordinierungsrunde weiterzuführen. Die Förderung des Engagements und Ehrenamts soll zum Staatsziel ernannt und in die Verfassung aufgenommen werden.

Politische Diskussion, kein konkreter Gesetzentwurf

Interessenbereiche:

Engagement- und Demokratiepolitik; Förderung von bürgerschaftlichen Engagement

5. Rechtssicherheit für politische Betätigung

Beschreibung:

Mit einer Reform des Gemeinnützigkeitsrechts sind gemeinnützige Organisationen in ihrem Handeln zu sichern und zu schützen. Klärungs- und Reformbedarf besteht zum Beispiel hinsichtlich der politischen Betätigung. Selbstorganisiertes zivilgesellschaftliches Engagement benötigt sichere Entfaltungsmöglichkeiten. Gemeinnützigen Organisationen ist es gestattet – so das gegenwärtige Rechtsverständnis in Deutschland – sich zur Verwirklichung ihrer Satzungszwecke politisch zu betätigen. Dies wird in der aktuellen Praxis jedoch immer wieder in Frage gestellt. Deshalb empfehlen wir, in der neuen Legislaturperiode Rechtssicherheit auch für die politische Betätigung

gemeinnütziger Organisationen zu schaffen. Reform Gemeinnützigkeitsrecht (geplant) (noch keine Drucksache veröffentlicht)

Betroffenes geltendes Recht:

AO 1977 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Engagement- und Demokratiepolitik; Förderung von bürgerschaftlichen Engagement

6. Dauerhafte Finanzierung von Infrastrukturen

Beschreibung:

Engagement ist auf allen Ebenen im föderalen System organisiert und vernetzt. Gerade diese Organisationen und Netzwerke – die Infrastrukturen – sind zu stärken, damit Wissen transferiert,

Menschen gewinnen und gute Bedingungen für ihr Engagement und Ehrenamt geschafften werden,

die engagierten Bürger*innen sich für ihre Aufgaben qualifizieren können und bisweilen auch

Schutz erfahren. Durch die Überarbeitung der Bundeshaushaltssordnung ist zu gewährleisten, dass

die Strukturen zukunftssicher aufgestellt sind. Das ist bislang nicht der Fall. Der Bund kann im

föderalen Miteinander diesbezüglich als Vorbild auch für die Länder vorangehen.

Zukunftspakt Ehrenamt (geplant)

Interessenbereiche:

Engagement- und Demokratiepolitik; Förderung von bürgerschaftlichen Engagement

7. Zuwendungsverfahren vereinfachen, Haftungserleichterungen, Gemeinkostenpauschale

Beschreibung:

Antrag CDU/CSU: Bürokratieabbau Ehrenamt,

Engagement fördern, Ehrenamt stärken, Vereine entlasten - Bürokratie in der Ehrenamts- und Vereinsarbeit abbauen, Gemeinkostenpauschale in Zuwendungen verankern und Haftungserleichterungen für zivilgesellschaftliche Organisationen umsetzen.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/12982 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Engagement fördern, Ehrenamt stärken, Vereine entlasten - Bürokratie in der Ehrenamts- und Vereinsarbeit abbauen

Interessenbereiche:

Engagement- und Demokratiepolitik; Förderung von bürgerschaftlichen Engagement

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2506110029 (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

10.001 bis 20.000 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

70.001 bis 80.000 Euro